



# jugendsozialarbeit aktuell

**N**ummer 87 / November 2009

**Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser,**

seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes stehen die Themen Migration/Integration im Fokus der politischen und gesellschaftlichen Debatten. Immer neue Aspekte und Veränderungen in diesem vielschichtigen Thema beeinflussen auch die Ausrichtung der Jugendsozialarbeit und deren Einrichtungen.

Die LAG KJS NRW hat diese Thematik in einer ihrer Klausurtagungen für die MitarbeiterInnen der Jugendmigrationsdienste in katholischer Trägerschaft aufgegriffen und Frau Prof. Boos-Nünning um einen Beitrag zu „Tendenzen und Neuausrichtung der Jugendsozialarbeit im Bereich Migration/Integration“ angefragt. Ihr Artikel beschreibt die Zuwanderungspolitik in Deutschland und deren Folgen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und zeigt die Einseitigkeit der Integrationsdebatten auf. Die kritische Betrachtung der in der Integration tätigen Institutionen und Fachkräfte zeigt, dass ein Wechsel im Denken und den Einstellungen und ein neuer Blick auf Kooperationspartner angezeigt sind.



Stefan Ewers

**T**endenzen und Neuausrichtung der Jugendsozialarbeit im Bereich Migration/Integration

*Ursula Boos-Nünning*

## **Einwanderung in der öffentlichen Diskussion**

In der Öffentlichkeit, auch in der Kommune, werden die Folgen von Einwanderung oftmals negativ dargestellt. Die Mängel der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und der Migrantenfamilien stehen dabei im Vordergrund der Diskussion. Integration in die Kommune und in die deutsche Gesellschaft wird zu einer Bringschuld der Eingewanderten und ihrer Kinder und Kindeskiner erklärt. Die Optionen oder die Potenziale gehen in der Krisensicht oft unter. Es wird bspw. übersehen dass

- eine nicht unerhebliche Zahl der jungen Menschen mit Migrationshintergrund schulisch und beruflich erfolgreich ist (die Zahl der AkademikerInnen und Selbständigen mit Migrationshintergrund wächst beachtlich),
- Betriebsinhaber und -inhaberinnen mit Migrationshintergrund Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen,
- Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Familien über Ressourcen verfügen, die das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben Deutschlands bereichern können, z.B. Zwei- und Mehrsprachigkeit, Erfahrungen über das Zusammenleben in einer multiethnischen Gesellschaft,
- der in Migrantenfamilien häufig anzutreffende Familialismus sich als Wertmuster



der zukünftigen Gesellschaft erweisen kann.

Kaum thematisiert werden zudem die Mängel in den Institutionen und Einrichtungen, die eine Integration in den kommunalen Kontext erschweren oder unmöglich machen:

- Kindertagesstätten schaffen es häufig nicht, die Entwicklung der deutschen Sprachkompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund zu unterstützen, noch weniger eine Erziehung zur Zwei(Mehr)sprachigkeit zu leisten.
- Im Vergleich zu Schulsystemen anderer Staaten kompensiert die hiesige Schule kaum Unterschiede nach Migrationshintergrund. Sie vermag es nicht, Bildungs- und Aufstiegsorientierungen der Migrationsfamilien in Bildungserfolge umzuleiten.
- Junge Menschen mit Migrationshintergrund erhalten auch mit guten Voraussetzungen deutlich seltener eine Ausbildungsstelle als einheimisch Deutsche; das Ausbildungssystem selektiert nach ethnischer Herkunft.
- Mit Ausnahme der Jugendmigrationsdienste erreicht das System der Kinder- und Jugendhilfe wie nahezu alle Beratungseinrichtungen den Bevölkerungsteil mit Migrationshintergrund deutlich seltener und nicht adäquat. Auffällig ist jedoch ein hoher Ausländeranteil in spezifischen Jugendhilfeeinrichtungen wie der Jugendgerichtshilfe oder der Jugendberufshilfe sowie in den Jugendheimen und in Notunterkünften für Frauen und Mädchen wie auch in Form der Inobhutnahme.

### **Gründe für die Entwicklung der Unterversorgung**

Es muss verständlich gemacht werden, warum sich die Regeldienste so lange Zeit und teilweise bis heute für die Migrantenfamilien nicht zuständig fühlen konnten und können. Ein wichtiger Grund ist darin zu sehen, dass den Migrantenfamilien spezifische Beratungsangebote in Form der "Sozialdienste" zur Verfügung standen. Gleichzeitig haben die Betreuungsverbände und Kirchen stellvertretend die Interessensvertretung in verschiedenen gesellschaftspolitischen Gremien wahrgenommen.

Dass ein solches Vorgehen zugelassen wurde und kaum öffentliche Kritik – auch nicht von Seiten der Träger der Jugendhilfe – fand, ist nur auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Grundkonsens zu verstehen. Im politischen Raum wurde bestritten, dass die Bundesrepublik Deutschland

ein Einwanderungsland sei und manch einer oder eine denkt heute auch noch, dass die Folgen der Einwanderung nur die Migrantenfamilien und deren Kinder, nicht aber den (ethnisch) deutschen Teil der Bevölkerung betreffen und dass die Entwicklung zu einer multiethnischen Gesellschaft für die Deutschen keine Veränderungen mit sich bringen würde.

### **Der defizitäre Blick der Sozialarbeit auf die Migrantenfamilien**

Über die Zugangsbarrieren hinaus hat auf Seiten der Einrichtungen die vorhandene Beratungsstruktur grundlegende Mängel. Ein Kritikpunkt, der stets betont wird, richtet sich auf die Klientelisierung der Menschen mit Migrationshintergrund in der Beratung. Diese resultiert aus dem Defizitansatz: Eingewanderte und ihre Kinder werden als hilfebedürftige Sondergruppen definiert, die sich in der deutschen Sprache nicht ausreichend verständigen können und die nicht über Fähigkeiten verfügen, im sozialen Raum zurechtzukommen. Bei diesem Bild von Migrantenfamilien wird das sozialpädagogische Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ vernachlässigt oder sogar ausgeschaltet.

Auch die Sozialarbeit und die in ihr tätigen Professionellen haben die defizitäre Sicht der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft auf junge Menschen mit Migrationshintergrund übernommen.

Die Ressourcen, über die Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer familiären Migrationserfahrungen und ihres Auswachsens in Deutschland verfügen, werden bislang kaum thematisiert. Auffällig ist, dass die Diskussion um soziokulturelle Ressourcen, die zur Gestaltung der Gesellschaft im Zuge des europäischen Einigungsprozesses und zunehmender Globalisierung notwendig sind, diese Gruppe nicht einbezieht. Die Diskussion wird vielmehr widersprüchlich geführt: Auf der einen Seite wird Interkulturalität und Europakompetenz gefordert. Junge Menschen in Deutschland und Europa sollen zwei oder mehrere Sprachen als Voraussetzung für die berufliche Handlungsfähigkeit beherrschen und es werden Projekte gefördert, die die Mobilität erhöhen sollen. Gleichzeitig wird das Potential, das die Aufnahmeländer durch die Anwesenheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zur Verfügung haben, nicht erkannt oder nicht als solches gewürdigt. Der Europagedanke wird auf die Europäisierung der einheimischen

Jugendlichen oder auf Kontakte zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Länder verkürzt. Vorstellungen, die von der Nutzung der Kompetenzen der schon migrierten Kinder und Jugendlichen ausgehen und diese einbeziehen, sind kaum verbreitet. Nur selten wird in der Zweisprachigkeit und noch seltener im zweikulturellen Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Positives gesehen und nach Wegen gesucht, diese Fähigkeiten zu fördern und zu erweitern.

Auch in anderen Bereichen, die die eingewanderten jungen Menschen betreffen, wird widersprüchlich reagiert: Während bei deutschen Jugendlichen mangelnde Wertbindung und damit auch ein Verlust ethischer Orientierungen sowohl im Hinblick auf Gründung und Erhalt einer Familie als auch im Hinblick auf den Stellenwert von Religiosität im Leben konstatiert und zunehmend als negativ für die Entwicklung der Gesellschaft beschrieben wird, werden Familialismus und Religiosität der jungen Jugendlichen mit Migrationshintergrund negativ bewertet.

### **Migrantenorganisationen im Feld der Sozialarbeit**

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund partizipieren nicht gleichberechtigt, d.h. mit gleichen Chancen, an Bildung, Ausbildung und an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe. Zudem haben sich die Institutionen nicht in dem Verständnis interkulturell geöffnet, dass die Migrationsangehörigen als Personen oder vertreten durch ihre Organisationen als gleichberechtigte Partner und Partnerinnen partizipieren könnten.

In neuerer Zeit beginnen sich die Konstellationen zu verändern. Es deutet sich – so im Bereich des Sports früher und konsequenter schon heute belegbar – eine Entwicklung an, die sich in Kürze auch auf andere Bereiche der Jugendarbeit ausweiten wird: Die Gründung von ethnischen Vereinen. Oftmals machen die Vereinsnamen den ethnischen Kontext nach außen sichtbar.

Die Bildung ethnischer Gemeinschaften wurde durch die Ausbildung einer eigenen Funktions- und Professionselite vorangetrieben. Es gibt Initiativen von Migrationsvereinen oder –organisationen, die vorhandenen Lücken zu füllen und eigene Beratungsangebote aufzubauen versuchen, wie z.B. im Begegnungs- und Bildungszentrum für muslimische Frauen in Köln. Es bestehen zudem

fahrtsverbände zu gründen. Es sind die an die Moscheevereine angebotenen muslimischen Einrichtungen, die im Mittelpunkt des Interesses von Politik und Verwaltung stehen, aber auch nicht religiöse Organisationen und Personen (die Bildungs- und Funktionselite), die um das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen ihrer ethnischen Gruppe besorgt sind und daher gleichberechtigte Mitsprache fordern. Sie arbeiten in Vereinen mit, die Träger von Privatschulen werden, sind im Jugendfreizeit- und Jugendhilfebereich tätig, wollen ihr Engagement verstärken und wünschen dafür staatliche Unterstützung, auch finanzieller Art. Diese Aktivitäten haben m.E. ihren Grund in der fehlenden Teilhabe und dem eingeschränkten Zugang zu Beratung.

### **Wo wir heute stehen: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendhilfe**

Vieles hat sich in der letzten Zeit in der Jugendhilfe zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verändert. Alles, was mit Migration oder Interkulturalität zusammenhängt, hat zurzeit Konjunktur. Dennoch reichen alle die gut gemeinten Ansätze nicht aus, die Fehler und Fehlentwicklungen nahezu seit Beginn der Einwanderung zu eliminieren. Nicht wenige der vorgelegten Konzepte, Aktivitäten und Projekte zeichnen ein Bild, in dem die Eingewanderten und ihre Nachkömmlinge als pädagogisch, der Hilfe zur Integration bedürftigen Menschen dargestellt und als Sondergruppe der einheimischen deutschen Bevölkerung gegenübergestellt werden. Bedeutsamer als das Festhalten an alten und als die Orientierung an neuen Irrtümern ist aber, dass es im Denken der in der Sozialarbeit (und anderen Tätigkeitsfeldern) tätigen – meistens einheimische Personen – nicht hinreichend verankert ist, dass es um eine Arbeit, ja um ein Ringen um die gemeinsame multiethnische Stadtgesellschaft geht. Viel zu selten wird zweitens der defizitäre Blick auf die Kinder, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund überwunden. In nicht wenigen Stadt- oder Stadtteilkonferenzen, die der Entwicklung oder der Integration gewidmet sind, stehen fehlende deutsche Sprachkenntnisse, fehlende Integrationsbereitschaft im Mittelpunkt der Gespräche. Fehlende Bildung, Schwierigkeiten im Übergang in die berufliche Ausbildung, abweichendes Verhalten, Arbeitslosigkeit und Armut, Rückzug in die eigene Ethnie u. a. werden benannt. Ressourcen und Kompetenzen werden meist als Zweisprachigkeit

und interkulturelle Kompetenz formelhaft einbezogen, wenn gefordert wird, nicht von einem defizit-, sondern von einem ressourcenorientierten Ansatz auszugehen. Die Ressourcen werden jedoch nicht anschaulich beschrieben und damit nicht kommunizierbar gemacht.

Das Hilfesystem in Deutschland war und ist traditionell durch eine enge Verflechtung zwischen freien und öffentlichen Trägern geprägt. Die quasi-verfassungsmäßigen Prinzipien der Pluralität (weltanschauliche Vielfältigkeit der freien Träger samt ihrer Arbeitskonzepte und Methoden) und der Subsidiarität (nach Einführung des KJHG durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit ergänzt), bestimmten die Verflechtung und die Zusammenarbeit. Kaum thematisiert wird, dass die Vorstellung von Pluralität sich nicht auf die Migranten- und Migrantinnenorganisationen und damit nicht auf die Menschen mit Migrationshintergrund erstreckt. Bund, Länder und Kommunen treten bisher nicht oder nur ansatzweise in eine Diskussion um die Berücksichtigung der Partizipationsinteressen dieser Gruppen ein. Die Zeit, in denen paternalistischer Umgang möglich war, geht zu Ende, auch wegen des steigenden Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund mit politischen Rechten. In der Zukunft wird Politik und Verwaltung die Aufnahme der Migrantinnenorganisationen in die Gruppe der anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege und zwar auf allen Ebenen sowie deren Berücksichtigung bei der Verteilung der Ressourcen gemäß dem Anteil der Zugewanderten im Stadtteil, in der Stadt oder in der Region, nicht verwehren können.

Es geht nicht mehr allein um die Frage von Multikulturalität oder von der interkulturellen Öffnung der deutschen Einrichtungen. Vielmehr geht es um die Forderung, ebenso wie deutsche Träger auch eigene Einrichtungen führen zu können und in gleicher Weise wie deutsche Einrichtungen unterstützt zu werden. Es geht um eine Teilhabe an den Ressourcen, die der Staat für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt und zwar in zweifacher Hinsicht:

- Junge Menschen mit Migrationshintergrund (nicht selten erfolgreicher und oft gleich bildungserfolgreich wie einheimische Deutsche) mit deutscher Staatsangehörigkeit, in Deutschland geboren, fordern, dass sie gleiche Chancen haben. Sie wollen nicht als Lehrer und Lehrerinnen, als Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen eingestellt werden, weil sie mit den schwierigen Migrantinnenjugendlichen besser umgehen können oder über Kontakte mit den Eltern das Umfeld befriedigen

können, sondern weil sie die multikulturelle Schule, das multikulturelle Jugendamt repräsentieren und weil einheimisch deutsche Kolleginnen und Kollegen von ihnen lernen können.

- Migrationsangehörige fordern politische und gesellschaftliche Partizipation auf Augenhöhe und gleiche Rechte für ihre Vereine und Verbände. Sie haben die Personen, die zu einer Verbesserung in den Kommunen beitragen können und wollen.

### Konsequenzen

Die Forderung der gleichberechtigten Einbeziehung der Migrationsangehörigen und des gleichberechtigten Status ihrer Organisationen wird auf Widerstände stoßen. Mancher Moscheebau, viele Jugendeinrichtungen und Kinderbetreuungen eines islamischen Vereins werden mit Misstrauen oder sogar von Ablehnung begleitet. Aber nur wenn die Migrationsangehörigen und ihre Verbände, Organisationen und Vereine (selbstverständlich bei gleichen Pflichten und auf derselben Rechtsgrundlage) die gleichen Rechte und die gleichen Partizipationschancen wie einheimisch Deutsche und ihre Verbände haben, ist Gerechtigkeit möglich. Multikulturelle Projekte und eine missverstandene oder zaghafte interkulturelle Öffnung sind heute zu wenig. Alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Bildung und der Bürger selbst müssen sich der Situation stellen, dass ihre Stadtgesellschaft multiethnisch geworden ist und dass sich daraus Anforderungen für eine Reform ergeben. Diese Reformen gilt es gemeinsam voranzutreiben.

*Der vorangehende Text ist eine Kurzfassung eines Artikels, den Sie in voller Länge auf unserer Webseite [www.jugendsozialarbeit.info](http://www.jugendsozialarbeit.info) erhalten.*

---

#### IMPRESSUM:

jugendsozialarbeit aktuell  
c/o LAG KJS NRW  
Ebertplatz 1  
50668 Köln  
EMAIL: [aktuell@jugendsozialarbeit.info](mailto:aktuell@jugendsozialarbeit.info)  
WEB: [www.jugendsozialarbeit.info](http://www.jugendsozialarbeit.info)

jugendsozialarbeit aktuell (Print) ISSN 1864-1911  
jugendsozialarbeit aktuell (Internet) ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers

REDAKTION: Franziska Schulz

DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

